

Amts- und Anzeigebatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließlich
des „Illustrir. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unsern Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Erscheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Theile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Berantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: G. Hannebohn in Eibenstock.

47. Jahrgang.

M 137.

Donnerstag, den 22. November

1900.

Schlachtvieh- und Fleischbeschau betr.

Es ist zur Kenntnis des Königlichen Ministeriums des Innern gelommen, daß noch vielfach gegen die Bestimmungen des die Schlachtvieh- und Fleischbeschau betreffenden Gesetzes vom 1. Juni 1898 verstößen und insbesondere der Vorschrift in § 7 infolfern zuwider gehandelt wird, als Viehbesitzer auffallend häufig die Herbeiführung einer Besichtigung der zu schlachttenden Thiere im lebenden Zustande unterlassen, ohne daß ein Notfall im Sinne von § 7 Absatz 2 des Gesetzes und § 11 Absatz 7 der Ausführungsverordnung vom 23. Juli 1899 vorliegt.

Ergangener Verordnung zufolge werden die Viehbesitzer im hiesigen Bezirke auf die bestehenden obenerwähnten gesetzlichen Bestimmungen nochmals und mit dem Bemerkung aufmerksam gemacht, daß bei künftigen Zu widerhandlungen un nachsichtlich Bestrafung erfolgt.

Die Ortsbehörden und Fleischbeschauer des Bezirks aber werden veranlaßt, die ihnen bekannt werden den Übertritten hier zur Anzeige zu bringen.

Schwarzenberg, den 20. November 1900.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Krug von Ridda.

W.

Zuchtgenossenschaft betreffend.

Die hiesigen Besitzer von Kühen und über ein Jahr alten Kalben werden hiermit aufgefordert, behufs Abhaltung einer Versammlung, in welcher über Begründung einer Zuchtgenossenschaft nach Maßgabe des Gesetzes vom 19. Mai 1886 berathen werden soll, sich

Freitag, den 23. November 1900, Abends 8 Uhr
im Saale des Restaurants „Feldschlößchen“

hier einzufinden. Hierbei wird darauf hingewiesen, daß in der anberaumten Versammlung, zu deren Beschlussfähigkeit die Vertretung der Hälfte der aus dem ausgelegenen Verzeichnisse sich ergebenden Stimmen erforderlich ist, die Beschlüsse nach Stimmenmehrheit gefaßt und daß die Stimmen von Ausbleibenden nicht mit gezählt werden.

Da im Falle der Beschlussfähigkeit die Einberufung einer anderweitigen Versammlung unter Androhung von Geldstrafen zu geschehen hat, so wird vollzähligem Erscheinen der Beteiligten entgegengesehen.

Eibenstock, den 16. November 1900.

Der Rath der Stadt.

Hesse.

Müller.

Die Viehzählung am 1. Dezember 1900 betr.

Nach Beschuß des Bundesraths vom 17. März dieses Jahres hat eine Erhebung der Viehzählung nach dem Stande vom 1. Dezember 1900 stattzufinden und soll diese Aufnahme von Haus zu Haus erfolgen.

China im Reichstage.

Das erlösende Wort ist gesprochen; der Reichskanzler Graf v. Bülow erklärte sich im Verlaufe seiner großen Rede, mit der er die Erörterung der Chinapolitik am Montag im Reichstage einleitete, ohne Zaudern bereit, falls die Volksvertretung es wünschte, beim Bundesrat auf eine Abänderung der Chinavorlage in der Richtung zu wirken, daß die nachträgliche Bewilligung der geschehenen Ausgaben ausdrücklich als Indemnitätsertheilung bezeichnet werde. Damit ist das Postament, von dem aus die Volkstribunen Reden und Richten gegen die verbündeten Regierungen ihre Ansage wegen des Bruches der Verfassung schleudern zu können geträumt halten, in sich zusammengebrochen. Schon in der heutigen Sitzung, in der außer dem Grafen Bülow und dem Kriegsminister General v. Goßler nur die Abgeordneten Sieber und Betsch zu Worte kamen, konnte die Beobachtung gemacht werden, daß das freimütige Vorzeigen des Reichskanzlers die parlamentarische Lage von der Spannung völlig befreit hat, die in Folge der Nichteinberufung des Reichstags im Laufe des Sommers zwischen Regierung und Parlament Platz gegriffen hatte. Graf Bülow stellte mit Recht die Enttäuschung fest, die in den Reihen der sozialistischen Linken und ihres freisinnigen Anhangs sich in lebhaften Zwischenrufen Lust machte, als der ererbte Anlaß zu einem Konflikt zwischen den beiden Regierungsbürgerschaften in ein wesenloses Nichts zerfielen. Um so rücksichtsloser war der Befall, mit dem die Mehrheit des gut besetzten Hauses die inhaltsvollen Ausführungen des Reichskanzlers häufig unterbrach. Warmen Anteil fanden seine Worte, in denen er des Hinscheldens des Freiherrn von Ketteler gedachte, der in treuer Pflichterfüllung in den Tod gegangen sei, wie ein Offizier vor der Front. An der Hand der Thatat konnte Graf Bülow die sozialdemokratische Behauptung zurückweisen, daß die gegenwärtigen Wirren in China auf die Feststellung in Kiautschou zurückzuführen seien, die in Wahrheit auf einem mit den chinesischen Regierung in freiem Einverständnis vereinbarten Vertrage beruhe.

Was die Ziele der deutschen Politik in China betrifft, so wies Graf Bülow jede Neigung, in abenteurnde Bahnen einzulenden, mit aller Bestimmtheit zurück. Deutschland wolle seine Aufstellung Chinas, sondern strebe lediglich die Herstellung geordneter und gesicherter Zustände an, die eine ruhige Entwicklung der Handelsinteressen verbürgen. Bei vorsichtiger Abwägung aller in Betracht kommenden Umstände werde die deutsche Politik keinen Schritt zu viel, aber auch keinen zu wenig thun, der durch die Interessen und das Ansehen des Reiches geboten erscheine.

Mit lebhafter Zustimmung wurde die Erklärung des Reichskanzlers begrüßt, daß das neue Deutsche Reich sich von der Grundlage, auf der es aufgebaut worden ist, niemals entfernen werde; die Hohenzollern würden niemals eine Politik im Stile der Bonaparte treiben. Auf die Frage der Ernennung des Grafen Waldersee zum Oberbefehlshaber eingehend, hob der Reichskanzler besonders die Beziehungen zu Russland hervor, deren Freundschaft in der Thatat zum Ausdruck gekommen sei, daß Russland von allen Mächten als erste seine Truppen dem deutschen Oberbefehl unterstellt habe. Lauter Widerhall wurde seiner Erklärung zu Theil, daß bei einer verständigen deutschen und einer verständigen russischen Politik Deutschland und Russland niemals in ernsten Gegensatz zu einander geraten könnten. Der Abgeordnete Sieber gab später der besonderen Befriedigung seiner Partei über die Feststellung des freundlichen Charakters dieser Beziehungen Ausdruck. Hier möge noch die Mitteilung über die von den Gesandten in Peking vereinbarten an China zu richtenden Forderungen erwähnt werden, die über das bereits Bekannte insofern wesentlich hinausgehen, als eine Erweiterung der bisherigen Handelsverträge im Sinne größerer Freiheit und Sicherheit verlangt werden soll. Der Anerkennung, die Graf Bülow den Leistungen der an der Einberufung, Aufrüstung und Aussendung beteiligten Behörden und Riedereien zollte, werden sich die weitesten Kreise rückhaltslos anschließen und mit ihm daraus die Zuversicht schöpfen, daß unsere Wehrkraft und Schlagfertigkeit in der Stunde der Gefahr sich stets in der gleichen Weise bewähren werde.

Als Redner der stärksten Partei des Hauses nahm unmittelbar nach dem Herrn Reichskanzler Dr. Sieber das Wort. Seine Darlegungen liegen alßhalb erkennen, daß das Entgegenkommen des Reichskanzlers in der Indemnitätsfrage die Oppositionslust des Zentrums merklich herabgestimmt hatte. An der allgemeinen Richtung der von Deutschland gegenüber China beobachteten Haltung fand er nichts auszulegen, bedauerte aber die den deutschen Soldaten nachgefragten Grausamkeiten, falls sie wahrheitsgemäß berichtet worden wären, und tadelte die Nichteinberufung des Reichstags mit scharfen Worten. Da diese Angelegenheit durch die Bereitwilligkeit des Reichskanzlers, Indemnität nachzusuchen, im Grunde praktisch erledigt war, so hätte Herr Sieber seine Schlussbetrachtungen in verschiedenen Absätzen ausdringen lassen können, wenn seinem spürenden Sinne nicht doch noch ein gefährlicher Konfliktstoff aufgefallen wäre. Die Aufstellung der neuen Bataillone für China, die Verleihung der Fahnen an diese und die gesonderte Aufführung der nach China abkommandierten Offiziere in der Rangliste gab ihm Anlaß, auf

staatsrechtliche Fragen ernster Art hinzuweisen, die die Kommission beschäftigen würden. Seine Besorgnisse wurden alßhalb durch die Erklärung des Kriegsministers General v. Goßler beschwichtigt, daß, wenn das nach China entsandte Expeditionskorps in irgend einer Form fortbestehen sollte, dies selbstverständlich nur im Wege der ordentlichen Gesetzgebung geregelt werden würde. Der Herr Kriegsminister hat alßdann verschiedene Behauptungen des Abgeordneten Sieber ab, der das Haus mit einer zweistündigen Rede unterhielt, die im Wesentlichen nichts anderes war als ein Auszug aus dem während der letzten Monate im „Vorwärts“ erschienenen Berichtsblatt Deutschlands zu Gunsten des Auslandes. General v. Goßler stellte im Übrigen fest, daß die deutschen Soldaten in China sich streng an das ihnen genau eingeprägte deutsche Kriegsrecht zu halten hätten; sollten Ausschreitungen vorgekommen sein, so würde das nicht ungeahnt bleiben.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Kaiserin Friedrich feierte am Mittwoch in Friedrichshof in Anwesenheit des Kaisers mit Rückblick auf ihren leidenden Zustand ihren 60. Geburtstag im engsten Familienkreise.

— Nachdem der Kaiser kürzlich aus dem seiner Bestimmung unterliegenden Vermögen des Hauptverbandes deutscher Flottenvereine im Auslande die Summe von 15,000 Mark der Gesellschaft „Seemannshaus für Unteroffiziere und Mannschaften der Kaiserlichen Marine“ zur Verfügung gestellt hat, ist jetzt, wie die „Nord. Allg. Zeit.“ berichtet, von St. Moesjat für die weitere Bestimmung der fraglichen Fonds genehmigt worden, daß dieselben, nach Sicherung einer festen Reserve von 200,000 Mark, zur Beschaffung von Flugkanonenbooten verwendet werden. Das jüngst fertiggestellte Flugkanonenboot soll in den chinesischen Gewässern Verwendung finden.

— Zu der von einem Berliner Blatt gebrachten Nachricht, bei Krupp würden zur Zeit Proben eines neuen Feldartillerie-Geschützes angefertigt, es handele sich dabei um Materialproben für eine vollständige Neu-Ausrüstung der preußischen Feld-Artillerie, kann die „Rhein. Zeit.“ mittheilen, daß dies auf völlig falscher Information beruht.

— Frankreich. Paris, 19. Novbr. „Petit Temps“ veröffentlicht eine Meldung, wonach der Minister des Äußern heute Abend von dem französischen Consul in Santiago de Chile ein Telegramm erhalten habe, in welchem es ohne Angabe von Einzelheiten heißt, ein gewaltiger Brand habe Valparaiso